



GdP-Saarland, Kaiserstr. 258, 66133 Saarbrücken, Tel.: 0681 84124 10, Fax: - 15

Terroristische Bedrohungslage

Den Personalabbau bei der Polizei ernsthaft überdenken

Ermittlungstechnische Instrumente der Polizei schärfen

Mitgefühl mit den Opfern, Solidarität mit den Angehörigen der ermordeten Polizeibeamten zeigen

Angesichts der furchtbaren Verbrechen, welche islamistische Terroristen in Frankreich verübt haben, mahnt der GdP-Landesvorsitzende Ralf Porzel: „Wir stehen alle noch unter dem Schock, den die Bluttaten in der französischen Hauptstadt ausgelöst haben. Unser Mitgefühl gilt den unschuldigen Opfern der brutalen Mörder. Tief verbunden fühlen wir uns mit den Angehörigen der Polizeibeamten, die in Ausübung ihres Dienstes umgebracht wurden.“

Wenn sich nun in den nächsten Tagen die Schockstarre löst, muss über die notwendige personelle Ausstattung der Polizei sowie die Ausstattung mit notwendigen ermittlungstechnischen Instrumenten diskutiert werden. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Polizei bei der Bewältigung der Alltagskriminalität mit dem Rücken an der Wand steht. Man denke nur an die rasant gestiegenen Tageswohnungseinbrüche, welche die öffentliche Sicherheit empfindlich in Frage stellen. Ralf Porzel: „Obwohl von verantwortlichen Stellen eingeschätzt wird, dass die terroristische Bedrohungslage in Deutschland eher abstrakt sei, so müssen wir uns doch konkret fragen, ob wir gerüstet wären, Sicherheitslagen wie in Frankreich zu bewältigen.“

Die aktuellen Ereignisse in Belgien zeigen uns, dass diese Bedrohungslage auch bei uns sehr schnell konkret werden könnte.

Weil völlig klar ist, dass man sich auf die Abwehr und die Bewältigung von terroristischen Anschlägen konkret einstellen muss, ist der ins Fleisch schneidende Personalabbau bei der Polizei trotz des Diktates der Schuldenbremse eigentlich nicht mehr zu verantworten. Wir brauchen eine gut ausgestattete und hoch motivierte Polizei, um die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Die größte Chance der Terrorabwehr besteht für die Sicherheitsbehörden im Vorfeld, also bei der Planung und Vorbereitung der Verbrechen, weil dann zwingend zwischen den Tätern kommuniziert werden muss und Finanzmittel fließen müssen. Der Bundesgesetzgeber muss endlich die Voraussetzungen für eine europarechts- und grundgesetzkonforme gesetzliche Regelung zur Vorratsdatenspeicherung schaffen. Ralf Porzel: „Ich stimme der Forderung unseres Bundesvorsitzenden Oliver Malchow ohne Wenn und Aber zu. Die Vorratsdatenspeicherung ist für die Ermittlung schwerster Straftaten ein unverzichtbares Mittel der Terrorabwehr. Das Grundgesetz hat im Hinblick auf den Schutz der unveräußerlichen Persönlichkeitsrechte ganz bestimmt nicht im Blick gehabt, Massenmörder bei ihrem furchtbaren Treiben zu decken.“

Der Landesvorstand

Hinweis:

Beim heutigen Neujahrsempfang der GdP- Saarland um 19 Uhr in der Dillinger Stadthalle wird Ralf Porzel angesichts der aktuellen Ereignisse in Belgien auch hierzu sprechen. Die Presse ist herzlich eingeladen!